

Herausforderungen, Perspektiven, Wachstum

Heute möchte ich Bilanz für 2013 ziehen – sowohl für die Entwicklung unserer Branche als auch für die wafg – und gleichzeitig den Blick auf die anstehenden Herausforderungen im Jahr 2014 richten.

Der berechnete Pro-Kopf-Verbrauch an alkoholfreien Erfrischungsgetränken stieg 2013 gegenüber dem Vorjahr von 121,6 Liter auf ca. 125,5 Liter – ein Rekordergebnis, das sich sehen lassen kann. Wer genauer hinschaut, stellt jedoch fest, dass sich die Steigerung im Pro-Kopf-Verbrauch vor allem durch die geringere Bevölkerungszahl nach der Zensus-Neuberechnung des Statistischen Bundesamts ergibt. Sie ist deshalb nicht unmittelbar auf ein echtes Mengenwachstum zurückzuführen. Was bedeutet das für die Branche?

Die Analyse des letzten Jahres zeigt, dass die klassischen Erfrischungsgetränke sich einer unverändert großen Beliebtheit erfreuen. Besonders positiv entwickeln sich die kalorienfreien Cola-Getränke. Sie verleihen der Branche zusätzliche Stabilität.

Angesichts der voraussichtlich weiter zurückgehenden Bevölkerungszahlen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ist es wichtig, dass das Wachstum in der Branche in Zukunft nicht allein quantitativ, sondern auch qualitativ definiert wird. Das bedeutet, dass die Herausforderung für Unternehmen zunehmend darin besteht, mit dem Getränk einen zusätzlichen Wert zu generieren. Denn für echte Mehrwerte zeigen sich die Konsumenten in immer stärkerem Maße bereit, die entsprechende Anerkennung zu leisten. Dies ist ein paralleler Trend zum gleichzeitigen Wachstum des Discount-Marktes.

Der Verband wafg blickte 2013 auf 130 Jahre Verbandsgeschichte zurück. Seit langer Zeit diskutieren wir erfolgreich mit Parlamentariern aller Bundestagsfraktionen, Regierungsvertretern, Experten an Universitäten und NGOs über die Zukunft der Verbraucherpolitik. Unsere Arbeit hat 2013 weitere bedeutende Unternehmen der Branche – namentlich Red Bull, die MEG-Gruppe, Danone Waters und Gerolsteiner als Hersteller und auf der Zuliefererseite Nordzucker – für ein Engagement in der wafg überzeugt.

Die Tatsache, dass unser Verband diese wichtigen Akteure hinzugewonnen hat, stärkt unsere Bedeutung innerhalb der Branche und macht uns zu einem noch bedeutenderen Sprachrohr für die gemeinsamen Interessen der Unternehmen in der Öffentlichkeit. Wir sehen es als unsere Verpflichtung an, uns auch weiterhin für die berechtigten Anliegen der Branche gegenüber der Politik und in der Öffentlichkeit konstruktiv einzusetzen. Dies gilt insbesondere für die Themenfelder Verbraucher- und Ernährungspolitik sowie Umweltpolitik.

Die wafg wird auch im Jahr 2014 ihre Stimme für die Interessen der Branche an den entscheidenden Stellen mit Nachdruck einbringen.



Patrick Kammerer
Präsident Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke e.V. (wafg)

„Deloitte-Studie“ zu Umlaufzahlen und Transportentfernungen

Zwischenzeitlich wurden die Ergebnisse der sogenannten Deloitte-Studie zu Umlaufzahlen und Transportentfernungen veröffentlicht. Im Rahmen dieser Studie wurden neben „Vollguttransporten“ auch „Leerguttransporte“ betrachtet. Dies führt vor allem im Segment „Bier“ zu Veränderungen. Demnach soll die früher angenommene „durchschnittliche Transportstrecke von 200 km (Hin- und Rückweg) pro Bierflasche“ nunmehr bei „tatsächlich 437 km“ liegen.

Für Wasser werden Transportentfernungen „sowohl bei Mehrweg als auch Einweg zwischen 260 und 270 km“ gesehen. Für Erfrischungsgetränke wird – unter explizitem Hinweis darauf, dass diese „in Deutschland hauptsächlich in Kunststoff-Einwegflaschen vertrieben“ würden – eine durchschnittliche Transportdistanz von „etwa 260 km“ angenommen. Nach Angaben der Autoren reicht die „Marktabdeckung der Studie (...) von 24 Prozent bei Wasser und Erfrischungsgetränken bis zu 53 Prozent bei Bier“.

BMEL: Verunsicherung über die Angabe „Energie“ gemäß LMIV

Für Irritation sorgt aktuell eine gemeinsam mit dem österreichischen Bundesministerium für Gesundheit (BMG) beim Ratssekretariat auf EU-Ebene eingeleitete Initiative des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Soweit nachvollziehbar, wurde diese ohne vorherige (repräsentative) Erörterung mit den betroffenen Wirtschaftskreisen auf den Weg gebracht.

Im Rahmen einer sprachlichen Berichtigung der Lebensmittelinformationsverordnung (EU) Nr. 1169/2011 (LMIV) sollen eine ganze Reihe inhaltlicher Änderungen der EU-Verordnung angeregt worden sein. Besonders relevant ist dabei, dass in Anhang XV LMIV der Begriff

Kontakt:

Wirtschaftsvereinigung
Alkoholfreie Getränke e.V.

Telefon: +49 (0) 30/25 92 58-0

E-Mail: mail@wafg.de

Internet: www.wafg.de

„Energie“ durch den Begriff „Brennwert“ ersetzt werden soll. Dies ist problematisch, weil das BMEL davon ausgeht, dass nach der Berichtigung ausschließlich der Begriff Brennwert verwendet werden dürfe. Bislang war es einhellige Auffassung, dass die Begriffe Brennwert und Energie gleichwertig genutzt werden können.

Auch in der Praxis haben bereits zahlreiche Unternehmen – im berechtigten Vertrauen auf die bereits vor Jahren im EU-Amtsblatt veröffentlichte Fassung der LMIV – bei der rechtskonformen Umstellung ihrer Etiketten an die zukünftigen Anforderungen gemäß der LMIV auf den Begriff „Energie“ abgestellt. Die wafg sieht keine tragfähige

Rechtsgrundlage für eine solche „Korrektur“, die mehr als fragwürdig unmittelbar in Rechte betroffener Unternehmen eingreifen dürfte. Aus Sicht der wafg bedarf es daher noch einmal dringender der Überprüfung dieses angedachten Vorgehens seitens des BMEL.

Britische „Ampelkennzeichnung“ findet wenig Zustimmung

Die Diskussion um Vor- und Nachteile der sogenannten Ampelkennzeichnung steht zwei Jahre nach Verabschiedung der Lebensmittelinformations-Verordnung (LMIV) weiter auf der Agenda. Auf EU-Ebene wurde eine „Empfehlung“ des zuständigen britischen Ministeri-

ums erörtert, wonach national in Großbritannien eine Kombination der vorgesehenen Referenzmengen-Angaben mit den Ampelfarben umgesetzt werden sollte.

Im Agrarrat hat sich im Dezember 2013 erneut eine deutliche Mehrheit von 17 Mitgliedstaaten den ursprünglich von Italien eingebrachten Bedenken gegen diesen britischen Ansatz angeschlossen. Diese Bewertung stützt sich vor allem auf dessen mangelnde wissenschaftliche Begründung und erwartete Beeinträchtigungen des freien Warenverkehrs. Deutlich wurde erneut, dass die „Ampel“ vor allem zu negativen Bewertungen etablierter, traditioneller Lebensmittel führt.

Fragwürdig: Veröffentlichung zu angeblichen Auswirkungen finanzieller Interessenkonflikte auf Studienergebnisse zu zuckerhaltigen Getränken

Vor kurzem berichteten Medien über eine Studie der Universität Navarra und des Deutschen Instituts für Ernährungsforschung Potsdam-Rehbrücke (DIfE), welche angebliche Auswirkungen von Industriefinanzierungen auf die Ergebnisse von Studien belegen soll. Studien, bei denen ein finanzieller Interessenkonflikt unterstellt wurde, seien fünfmal häufiger zum Ergebnis gekommen, es bestehe kein Zusammenhang zwischen dem Konsum zuckerhaltiger Erfrischungsgetränke und einer Gewichtszunahme.

Diese „Studie“ kann jedoch nicht unkommentiert bleiben und bedarf der sachgerechten Einordnung. Die nähere Betrachtung führt zu durchaus erstaunlichen Ergebnissen: So handelt es sich bei der Studie zunächst einmal um eine „Literaturanalyse“, in deren Rahmen – lediglich – siebzehn systematische Übersichtsarbeiten zum Thema Erfrischungsgetränke und Übergewicht ausgewertet wurden. Diese Auswahl wirft ihrerseits deutliche Fragen auf. Denn die Zahl der potentiell insgesamt zu untersuchenden Arbeiten liegt deutlich höher – und umfasst nicht 17, sondern 405 Studien. Übersichtsarbeiten beruhen regelmäßig auf einer Auswahl, deshalb werden in vielen Fällen keinesfalls alle Studien abgedeckt – und schon gar nicht repräsentativ untersucht. Eine Aussage zur Qualität der Studien ist deshalb von vornherein zunächst nicht feststellbar.

Entscheidender Kritikpunkt ist jedoch eine generelle Fehlkonstruktion der Untersuchung: Denn im Ausgangspunkt führen die Autoren aus, dass nach ihrem Vorverständnis beim Vergleich von Studien eine Übereinstimmung der Ergebnisse nahezu zwangsläufig sein müsse („in an ideal world free from such biases, a perfect consistency between studies with different sources of funding would be expected“). Damit beruht ihr durchaus diskussionswürdiger Ansatz auf der These, dass anderenfalls im Falle von Abweichungen eine Beeinflussung der Studien naheliege bzw. unterstellt werden kann (“if that consistency is not found, this may represent empirical evidence of bias”).

Diesem in der Theorie naheliegenden Ansatz wäre aber in der Realität allenfalls und nur dann zuzustimmen, falls die betreffenden Studien durchgängig identisch bzw. vergleichbar konzipiert und durchgeführt werden (z.B. hinsichtlich des jeweiligen Untersuchungskonzeptes bzw. der jeweils untersuchten Bevölkerungsgruppen nach Alter, Sozialisation bzw. Ethnie). Davon ist allerdings nicht auszugehen.

Auch weitere Fragestellungen – etwa die, ob die „unabhängigen“ Untersuchungen ihrerseits eine zutreffende Bewertungsgrundlage haben – werden nicht vertieft beleuchtet. Dies gilt auch für die Überlegung, ob einander zunächst (scheinbar) widersprechende Ergebnisse der Ernährungsforschung nicht vielleicht sogar in der Natur der Untersuchungsobjekte liegen könnten – nämlich in den durchaus unterschiedlichen Lebens- und Ernährungsstilen der Menschen.

Dies verdeutlicht, wie wenig eindeutig die Tragfähigkeit einer solchen Schlussfolgerung jenseits der Schlagzeile ist. Denn lediglich unter den aufgezeigten Annahmen und Vorgaben gelangen die Autoren zum Ergebnis, dass zwischen der finanziellen Förderung und den Ergebnissen der Übersichtsarbeiten ein Zusammenhang bestehe. Insbesondere bleibt festzuhalten, dass keine Aussage über die tatsächliche Validität der Studien getroffen wurde – diese Frage war gar nicht Gegenstand der Untersuchung.

Aus Sicht der wafg liegt deshalb auf der Hand, dass zunächst einmal nicht Fragen zur Finanzierung einer Studie, sondern die angewandte Methodik sowie die Tragfähigkeit der Ergebnisse für eine sachgerechte und qualifizierte Bewertung maßgeblich sind. Wollte man die medial vermarktete These wirklich belegen, müsste diese also viel tiefgreifender und systematischer überprüft werden. So bleibt als Fazit, dass offenbar wieder einmal die öffentliche Aufmerksamkeit auf zweifelhafter Grundlage gesucht wurde.